

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags.
Bezugspreis für den Monat Juni 3800.—
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im
innerdeutschen Verkehr 3800.— zuzügl. Postbestellgeld.
Einzelnummern 150 Mt. z. Girokonto Nr. 50 bei der
Oberamtspostkasse Neuenbürg, Zweigstelle Wildbad.
Bankkonto: Direction d. Discoutage, Zweigl. Wildb.
Postfachkonto Stuttgart Nr. 29174.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Petitzeile oder deren
Raum Mt. 180.—, auswärts Mt. 200.—, Reklame-
zeile 450 Mt. Bei größeren Aufträgen Rabatt nach
Tarif. Für Offerten u. bei Anstuferteilung werden
jeweils 75 Mt. mehr berechnet. Schluß der Anzeigen-
annahme: täglich 8 Uhr vormittags. In Kontur-
fällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig
wird, fällt jede Nachschlagewährung weg.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gae in Wildbad.

Nummer 127

Februar 179

Wildbad, Montag, den 4. Juni 1923

Februar 179

58. Jahrgang

Die neue Antwortnote Vor der letzten Entscheidung

Ein an maßgebender Stelle unterrichteter Mitarbeiter schreibt uns: Wenn diese Zeiten in Druck gehen, ist die neue deutsche Note vielleicht fertiggestellt. Vielleicht aber auch noch nicht. Haben doch bis zur Stunde die Banken und die großen Handelsorganisationen beim Reichskanzler noch nicht vorgesprochen. Die innerpolitische Spannung ist in den letzten Tagen gewachsen, und zwar ging der Streit nicht mehr eigentlich um die Abfindung oder Verzögerung der Note. Ob sich die Note auch an Frankreich wenden soll und welcher Ton hier anzuschlagen wäre, ist Gegenstand der Debatte. Darüber sind sich weniger die Parteien, als vielmehr die Temperamente innerhalb der Parteien einig. Im übrigen rang man zuletzt nur noch um Einzelheiten. Sollen neue Zahlen genannt oder an den alten festgehalten werden? Soll die Frage der internationalen Abhängigkeit der deutschen Leistungsfähigkeit abermals angeschnitten werden? In welcher Form soll die von Lord Curzon verlangte genauere Angabe der Sicherheiten erfolgen?

Die Ziffern des ersten Angebots, darüber sind sich die Minister des Kabinetts Cuno einig geworden, können nur dann abgeändert und erweitert werden, wenn auch die Zahlungs- und Stundungen, die Art der Zahlungen und Anleihenberechnungen verändert werden. Denn sonst würde sich ja die deutsche Diplomatie trotz der höchsten Überzeugung, mit der sie ihre ersten Vorstöße machte, Lügen strafen. Das Jögern, das man dem Reichskanzler so sehr zum Vorwurf macht, war durchaus richtig. Die Frage des internationalen Gutachtens ist in letzter Stunde geklärt worden. Die gesamte englische Presse bezeichnet am Donnerstag übernehmend als wohl amtlich beeinflusst, nachdem die Verhandlungen des neuen britischen Kabinetts ertüchteten hatten, eine gründliche Abhängigkeit der deutschen Leistungsfähigkeit als Vorbedingung der künftigen Entschädigungsleistung Deutschlands. Das war ein deutscher Wink, und man wird es begreiflich finden, wenn die Reichsregierung nochmals das Verlangen nach internationaler Begutachtung der deutschen Zahlungsfähigkeit scharf in den Vordergrund rückt. Auf Frankreich wird diese Forderung zwar wieder wie das bekannte rote Tuch wirken. Aber an Frankreich wendet sich die neue deutsche Note nicht, kann sie sich nach den unzuständigen letzten Äußerungen Poincarés nicht wenden. Sie ist vielmehr eine Antwort auf die kritischen Einwände Curzons und Mussolinis.

Je mehr man sich in diese Schwierigkeiten hineinsetzt, desto eher wird man die vorsichtige und taktische Haltung der Reichsregierung verstehen. Man hat im Inland wie im Ausland der ersten Berliner Note den Vorwurf gemacht, daß sie die Feinheiten der politischen Psychologie vermissen ließ. Will man der zweiten Note durch innerpolitischen Streit jede Möglichkeit nehmen, diplomatisch zu wirken? Der innerpolitische Streit geht um die Bürgschaften. In welcher Form soll die Regierung das neue Bürgschaftsangebot vorbringen? Als Produkt eigener Nachvollkommenheit oder als Diktat der Industrie? Wie weit soll in der Note von den geschäftlichen Bindungen die Rede sein, die ja vorläufig nur in Aussicht gestellt, nicht aber als fertige Tatsache hingelegt werden können? Die deutsche Sozialdemokratie verlangt, daß die Gewähr der Industrie an keinerlei Voraussetzung oder Bedingung geknüpft sein dürfe. Aber werden denn von Arbeitnehmerseite keine Bedingungen gestellt? Der Hauptvorstand der Gewerkschaft Deutscher Reichsbahnbeamten hat soeben auf seiner Berliner Tagung mit Nachdruck verlangt, daß „unter allen Umständen die Reichsbahnen im Besitz und Betrieb des Reichs bleiben müssen.“ Das ist also eine Gegenbedingung.

Die Reichsregierung, deren Rolle bei dem leidenschaftlichen Ansturm von allen Seiten nicht beneidenswert ist, muß für die letzte Form des Angebots vollständig freie Hand bekommen. Sie hat unter den schweren Druck der Stunde mehr als bisher üblich war, die Wirtschaftsmächte statt der Parteien zu Worte kommen lassen. Die letzte Entscheidung muß die amtliche Politik in voller Bewegungsfreiheit und unter ihrer alleinigen Verantwortung treffen. F. A.

Frankreich in Waffen

Als uns nach Beendigung des Kriegs der Sklavenvertrag von Versailles ausgearbeitet und unsere vollständige Entwaffnung gefordert wurde, geschah dies, um „den Weltfrieden zu wahren“, wie man so schön sagte. So wie die Dinge jetzt liegen, scheint die Welt von der Entwaffnungsfrage und vom sogenannten Weltfrieden ferner denn je zu liegen. Aus der Schweiz dringen, wie die A. N. schreiben, merkwürdige Nachrichten zu uns. Danach hat ein erheblicher Teil der Schweizer Uhrenindustrie seinen Betrieb eingestellt und die Verfertigung von Uhren über die Grenze statt

herabgesetzt, weil in der Schweiz ungeheure Aufträge auf Lieferung von Munition vorliegen. Fernerhin arbeitet man in den Schweizer Laboratorien auf Bestellung an der Anfertigung der verschiedensten Impfstoffe wie sie im abgelaufenen Krieg zur Impfung der Soldaten gegen die häufiger auftretenden Seuchen verwendet wurden. Besonders bezeichnend ist, daß es sich bei diesen Aufträgen auch um solche Stoffe handelt, deren Wirkung wenige Monate nach ihrer Herstellung aufhört. Wer ist der Besteller? Steht im Vordergrund eine Explosion bevor oder reifen im Osten große Dinge der Entscheidung entgegen? Die Reisen französischer Generale nach Serbien und Polen haben erheblich verschärft und sogar in Italien starke Mißstimmung hervorgerufen.

Angeht dieses Auftreten Frankreichs erscheint es angebracht, kurz zusammenfassend die Hilfsmittel zu nennen, die augenblicklich diesem Land in einem kommenden Krieg zur Verfügung stehen. Frankreich, das dauernd darüber nachdacht, des Schutzes gegen Deutschland zu bedürfen, gebietet zur Stunde über 800 000 Bajonette, 5000 Geschütze bester Art, 4000 Flugzeuge und etwa 5000 Panzerwagen. Hinter dieser Friedensstärke stehen noch neuester Berechnung fast 3 Millionen Mann Reserven. Dazu kommt, daß Frankreich, dessen Finanzen durch unsere Entschädigungszahlungen gebessert werden sollen, lieberhoft rüstet und ungeheure Mittel aufwendet, um eine neue Feldhaubitze mittlerer Wirkung, ein bewegliches Infanteriegeschütz, ein besonders leistungsfähiges Gebirgsgeschütz für Flach- und Steilschuss, dazu neue 120-Kilometer-Ferngeschütze, die zusammen mit den Flugzeuggeschwadern wirken sollen, herzustellen. Da Frankreich auch auf die Unterstützung des etwa auf 300 000 Mann zu schätzenden belgischen Heers rechnen kann und ihm die Streitkräfte der Kleinen Entente mehr oder weniger willig sein dürften, so würden sich den vorher angeführten Zahlen an Menschenmaterial noch etwa 2-2½ Millionen Soldaten der Verbündeten zugesellen. Auf die englische Unterstützung scheint Frankreich nicht mehr zu rechnen, sondern im Gegenteil in seine Kalkulationen sogar einen Krieg gegen England stark einzustellen. Was die Seerüstungen Frankreichs anbelangt, so hat man sich durch Kielensbauten eine Schlachtslotte geschaffen, die bei weitem die deutsche Flotte übertrifft, wie sie sich zur Zeit ihres höchsten Stands zeigte.

Indessen darf nicht verkannt werden, daß dieser militärische Koloss auch seine schwachen Punkte hat, die in den Kreis der Erwägungen gezogen werden müssen. Die Bevölkerungsfrage ist überaus ernst. Zwar hat Frankreich im Weltkrieg Elsass-Lothringen mit 1½, Togo und Kamerun mit 4% und Syrien mit 1% Millionen Einwohnern gewonnen. Es hat dafür aber auf den Schlachtfeldern 1,6 Millionen der besten Männer verloren. Dazu treten etwa 800 000 Krüppel und eine Zunahme der Sterblichkeit unter der bürgerlichen Bevölkerung, die nicht unterschätzt werden darf. Der Geburtenausfall ist empfindlich. Die besten Departements des Nordens, wo die stark entwickelte flämische Bevölkerung ist, ist besonders schwer heimgesucht worden. Es ist zu bedenken, daß Frankreich im Jahre 1815 20 Prozent, 1870 15 Prozent, im Jahre 1900 8 Prozent, im Jahre 1920 7,5 Prozent und 1922 nur 7 Prozent der Bevölkerung Europas gehabt hat. Diese Zahlen beweisen das Zusammenschmelzen des französischen Volkstums und deuten darauf hin, daß es auf die Dauer unmöglich ist, eine ganze Welt durch ein Volk mit so kleinem Bevölkerungsanteil drangsalieren und vergewaltigen zu lassen. Alle bombastischen Reden von der Macht Frankreichs können über diese schweren Sorgen nicht hinwegtäuschen. Rechnet man Elsass-Lothringen hinzu, so hat Frankreich heute knapp 38 Millionen Einwohner im Mutterland gegen 39,8 Millionen vor Kriegsbeginn. Darunter sind 1,2 Millionen Deutsche, 700 000 belgische Flamen und 100 000 Italiener. Weite Gebiete sind fernerhin entvölkert, ganz besonders im Süden, wo die einst so vollreichen Landschaften Languedoc und Gasconne fast leer geworden sind.

Man muß indessen anerkennen, daß die Franzosen stark an der Arbeit sind. Sie wollen uns die linksrheinischen Gebiete mit 3½ Millionen Bewohnern, vielleicht auch noch das Ruhrgebiet mit ebensoviel Einwohnern erreichen, hauptsächlich aber durch wirtschaftliche Verleumdung in Deutschland Hungersnot, Kindersterben und Bürgerkrieg die Entvölkerung hervorrufen. Das französische Heer zählte im Friedensstand bei Kriegsausbruch fast 800 000 Mann mit dreijähriger Dienstzeit. Jetzt ist aus finanziellen und wirtschaftlichen Gründen die 1½jährige Dienstzeit festgelegt. Das jährliche Rekrutentontingent betrug 1921-1923 195 000 Mann, somit Friedensbestand rund 290 000 Mann. Dazu kommen 150 000 Freiwillige und Kapitulierte, 250 000 Farbige, zusammen fast 700 000 Mann, so daß für die Gesamtzahl von 800 000 Mann dauernd Reservisten auf je 56 Tage eingezogen werden müssen, eine sehr harte Maßnahme, die höchst empfindlich auf das Wirtschaftsleben drückt und zu großer Unzufriedenheit Anlaß gibt.

An zweiter Stelle, aber nicht minder wichtig, ist die Frage der Ueberrendung. Im aktiven französischen Heere stehen etwa 250 000 Farbige, also fast ein Drittel des Gesamtbestands. Hier von beizahlen Gebiet, 50 000 Mann in Frankreich, der Rest in Nordafrika (Tunis, Alger, Marokko) sowie im Orient. Die französischen Kolonien haben rund 55, unter Umständen sogar 60 Millionen Einwohner. Wird dort die allgemeine Wehrpflicht nach und nach eingeführt, wie es Frankreich plant, so läßt sich bei 1 o. h. der Bevölkerung ein farbiges Heer von 50-60 000 Mann herauspressen. Hieraus entsteht aber eine doppelte Gefahr. Erstens wird sich ähnlich wie z. B. in Portugal eine „Mulattisierung“ der urfranzösischen Bevölkerung, also eine gefährliche Entartung der Rasse, wenn auch erst im Lauf von Generationen, ergeben. Zweitens aber muß es als fraglich angesehen werden, ob Frankreich, wenn es seine Kolonien auf die Höhe europäischer Kultur und Bewaffnung gebracht und damit auch den Freiheitsdrang gefördert hat, sie wirklich halten können. Es steht sich dann vor ähnlichen Schwierigkeiten gestellt wie England, verfügt aber bei weitem nicht über die gleichen Mittel. Verliert jedoch Frankreich seine Kolonien, dann würde es sofort zum Staat dritten Rangs herabsinken.

Zum Schluß die Wirtschaftfrage. Unsehener drückend ist die Kriegsschuld und ebenso gewaltig auch die Steuerlast. Es wird auf die Dauer Frankreich nicht möglich sein, bei seinem Menschenmangel die Erzgebirge von Brien und Longwy auszubilden, dazu auch noch die vier Millionen der Gefangenen Deutschlands, die ihm in Lothringen zugefallen sind. Schon jetzt geht man dazu über, durch Anwerbung fremder Arbeiter, besonders Chinesen, dem Menschenmangel abzuwehren, auch Italiener werden herangezogen. Wohin aber diese Einfuhr fremder Bevölkerung führen wird, liegt auf der Hand.

Alles in allem genommen: Frankreich starrt zwar in Waffen, hat aber einen drückenden Mangel an Bevölkerung, der sich von Jahr zu Jahr härter bemerkbar machen wird. Dieser Umstand wird neben anderen politischen und wirtschaftlichen Begleiterscheinungen mit dazu beitragen, die militärischen Baume Frankreichs nicht in den Himmel wachsen zu lassen. Jede Anstrengung, die über das natürliche Kraftmaß hinausgeht, trägt den Keim des Zusammenbruchs früher oder später in sich. Hieran werden auch die kleinen Staaten nichts ändern können. Die sich zur Stunde in vollständiger militärischer Hörigkeit Frankreich gegenüber befinden.

Wie wird Englands Politik steuern?

Für uns Deutschen keine nebensächliche Frage. Vielleicht sogar eine Lebensfrage. Als das neue Kabinett ins Leben trat, hieß es allgemein, bei uns und auch in Frankreich: „Nur Personalwechsel, kein Systemwechsel.“ Das stimmt im allgemeinen, stimmt vor allem insofern, als nach wie vor konservative Politik getrieben werden soll. Und doch auch hierin ein nicht unwesentlicher Unterschied gegen vorher. Baldwin bedeutet den Sieg der sogenannten City-Konservativen über die Rechten, die „Diehards“. Er wird sich bemühen, die beiden konservativen Flügel völlig zu verbinden, so daß auch die mehr liberalen Konservativen zur Geltung kommen.

In dieser Linie liegt das Programm des neuen Erstministers, wie er es am 12. Mai auf dem Parteitag der unionistischen Vereinigung entwickelt hat. Er will Beakonsfields Politik fortsetzen, d. h. fortschrittlich sozial im Innern, machtmächtig nach außen. Die Letztere berührt uns Deutsche auch. Hierbei muß ein Punkt als unumstößlich im Auge behalten werden: Baldwin, wie Lord Curzon und alle seine andern Kollegen werden an der Entente festhalten. Sie werden genau in den Fußstapfen Bonar Law's marschieren, des Mannes, der, trotzdem er zweimal in der Entschädigungsfrage in Paris und in der Orientfrage in Louvaine, von Poincaré geradezu schroff vor den Kopf gestoßen wurde, dennoch den Faden des englisch-französischen Bündnisses nicht fahren ließ. Das wird also der feste Punkt sein, um den sich auch Baldwins Politik bewegen wird. Eine andere Sache ist, ob er in der Ruhrfrage jene übertriebene „wohlwollende Neutralität“ Bonar Law's fortführen wird? Zunächst ist Baldwin Gegenstand, und so wird er die ganze Entschädigungsfrage zunächst auch unter dem geschäftsmännlichen Schwinkel behandeln. Soll England seinem französischen Schuldner entgegenkommen, so muß dieser Deutschland die Freiheit der Wirtschaft zurückgeben, also seine Gewaltpolitik an Rhein und Ruhr einstellen. Es ist somit zu hoffen, daß Baldwin, bei allem Festhalten an der Entente, in der Mißbilligung des Ruhrereignisses bestimmter und klarer als Bonar Law auftreten wird.

Ob dabei Lord Curzon mittun wird? Nach der eng-

lichen Antwort vom 13. Mai sieht es nicht so aus. Vielleicht aber war es bei Curzon mehr Vorwand als Grund. Auch wird sich bald herausstellen müssen, wer von beiden Konkurrenten — denn sie bewarben sich ja einer wie der andere um denselben höchsten Posten — das größere Übergewicht in der Außenpolitik haben wird? Ob über kurz oder lang Baldwin doch dem älteren Lord Curzon weichen muß?

In der Entschädigungsfrage wird Baldwin an Mac Kennan eine gute Stütze finden. Als schärfster Kritiker des Versailler Vertrags hat er den Grundsatz vertreten, man müsse die Entschädigungen nach Deutschlands Leistungsfähigkeit bemessen.

Von Bedeutung dürfte auch ein anderer Grundsatz sein, der sich in der Regierung Baldwin's bemerkbar machen wird: Die Verständigung mit Amerika. Dafür bürgen die drei Namen Baldwin, Cecil und Curzon. War es doch in erster Linie Baldwin's Verdienst, daß die beiden angelsächsischen Großmächte in Sachen der Kriegsschulden handelseinig wurden. Hiernach verpflichtete sich England, innerhalb 50 Jahren seine 4,5 Milliarden Dollars Schulden an Amerika abzuzahlen und sie zu drei Prozent zu verzinsen. In Amerika war man über diese Abmachung recht froh. Entsprechend groß war auch die Begeisterung über die Ernennung Baldwin's zum englischen Premierminister.

Endlich wird in dem neuen Kabinett der Völkerbund eine größere Rolle spielen als seither. Dafür wird Lord Robert Cecil sorgen. Ist er doch zweifellos unter den Völkerbundsboten die charaktervollste Gestalt. Auch im englischen Parlament ist er wiederholt für eine stärkere Heranziehung dieser Einrichtung bei Schlichtung von außenpolitischen Streitfragen eingetreten. Namentlich verlangte er dies — allerdings unter dem Widerspruch Frankreichs — für die Entschädigungsfrage.

Ob und wie weit alle diese Vermutungen eintreffen, kann heute mit Sicherheit nicht beantwortet werden. Lloyd George hat mit dem Versailler Vertrag das „europäische Gleichgewicht“, auf welches die englische Festlandspolitik von jeher den außerordentlichen Wert legte, gründlich erschüttert. Er sieht es jetzt auch ein, allerdings ohne an seine eigene Brust zu schlagen. Bonar Law nahm den Anlauf zur Verbesserung dieses Fehlers seines Vorgängers. Aber eine schwere Krankheit hat seinen Willen gelähmt. Es blieb alles bei einer unmittelmäßigen Neutralität, für England fast ebenso unbefriedigend wie für das von Frankreich schwer mißhandelte Deutschland. Nun steht Stanley Baldwin am Steuer. England erwartet von ihm mehr Unternehmungskraft. Lord Curzon's glückliche Orientpolitik hat ihm den Rücken freigemacht. Aber frei ist England noch lange nicht vor: Furcht vor dem allgewaltigen militärischen Frankreich.

Wahrlich, es ist keine leichte Sache, heute Englands Geschichte zu leiten. Schreiben doch die „Times“ (26. Mai): „Niemals war eine ruhigere und mutiger Haltung der englischen Regierung in europäischen Angelegenheiten so notwendig wie in diesen Tagen zunehmender Schwierigkeiten. Bonar Law und seine Nachfolger haben von der Konstitutionsregierung (Lloyd George) eine Last geerbt, wie sie keine andere englische Regierung in dieser Schwere je zu tragen gehabt hat.“ W. H.

Vom Ruhrkrieg

Die französische „Rechtspflege“

Seit dem Ruhereinbruch haben die französischen und belgischen Kriegengerichte gegen deutsche Staats- und Gemeindegewaltige an Strafen verhängt: 443 Jahre 8 Monate 16 Tage Gefängnis und 454 545 000 Mark und 2850 Franken (13 1/4 Millionen Mark). Davon entfielen auf Boden 4 Jahre 8 Monate 99 Tage und 30 335 000 Mark. Rechnet man nur die Strafen des Krupp-Prozesses und des Düsseldorf-Kriegsgerichtsurteils hinzu, so ergibt sich eine Höhe von 646 Jahren 2 1/4 Monaten und 1328 Millionen Mark. Außerdem wurde ein Deutscher zum Tode verurteilt, einer zu lebenslänglicher Zwangsarbeit.

Geprüffung

Duisburg, 3. Juni. Der Stadt Duisburg wurde wegen angeblicher Störung des Telegraphenbetriebs eine Strafe von 100 Millionen Mark auferlegt.

Ein Büfettfräulein in Witten, das einem frech zudringlichen Franzosen ein Bierglas an den Kopf geworfen hatte, wurde zu 2 Monaten Gefängnis und 100 Franken (450 000 Mark) Geldstrafe verurteilt.

Verlorene Heimat.

Eine Erzählung aus Straßburgs Schicksalstagen.

11 Von Konrad Bernd.

Dann legte sie Hut und Fäde ab und fuhr lieblosend mit der Hand über das kostbare russische Pelzwerk. „Kennst Du ihn noch, den Silberfuchs?“

„Ob ich den kenne? Lange genug bin ich letztes Jahr in Wilna im Schnee herumgelaufen, bis ich ihn fand! — Macht er Dir noch immer solche Freude?“

Statt aller Antwort schlang die junge Frau ihre Arme um den Hals des Mannes und drängte sich leidenschaftlich an seine Brust. „Nun komm“, rief sie dann heiter. „Das Essen wird gleich aufgetragen werden.“

Glückstrahlend betrachtete Heinrich seine junge Frau, während sie ihm den Tee einschenkte.

Der gelbe Seidenschirm über der Lampe dämpfte das Licht, sodaß nur der Tisch beleuchtet war und der übrige Raum im Halbdunkel lag. Dem Strauß von Stacheln und Tannenzweigen entströmte weihnachtlicher Duft. Von der Straße drang kein Laut durch die schweren Vorhänge am Fenster und das langsame Klöpfen des Wassers im Heizkörper wirkte in der Stille fast einschläfernd nach allen Unruhen und Aufregungen des Tages. — Ach, wenn man doch immer zu Hause sitzen könnte, fern von alledem, was draußen vor sich ging!

„Du warst in der Stadt?“ unterbrach Heinrich das Schmeigeln.

„Ja, Heinrich, ich war bei Raman.“

„Geht es ihr nicht gut?“ gab Heinrich zurück, da ihm der besorgte Ausdruck in Jeannes Antlitz auffiel.

Der stellvertretende Regierungspräsident in Düsseldorf, Dr. Lutterbeck, wurde vom belgischen Kriegsgericht in Steyrade wegen „Beleidigung“ zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte gegen die Erschießung Schlageters bei General Degoutte Widerpruch erhoben.

Französische Rücksichtslosigkeit

Bohum, 3. Juni. Französische Panzer- und Postkraftwagen fuhren mit größter Beschwindigkeit beim Einbiegen in eine Straße auf den Bürgersteig in die Vorübergehenden hinein. Ein Mädchen wurde getötet, ein anderes schwer verletzt.

In Düsseldorf wurde nachts 11 Uhr der Kaufmann Küppers von einem französischen Soldaten, der ihn nach dem Paß fragte, auf offener Straße seiner Brieftasche mit 77 000 Mark Bargeld beraubt. Der Straßenräuber entfloh.

Wanne, 3. Juni. Polizeikommissar Vogelvang, der den Widerstand der Polizei und des Selbstschutzes gegen die Kommunisten geleitet hatte, ist von den Franzosen verhaftet worden.

Von der Franzosenbahn

Ludwigshafen, 3. Juni. Auf der Strecke Landau—Insheim entgleiste ein Personenzug dadurch, daß der Lokomotivführer die Entgleisung böswillig verursacht zu haben, und den Behörden in Stadt und Bezirk Landau wurde die Auflage erteilt, binnen 48 Stunden die Täter festzustellen und an die Befehlsbehörden auszuliefern. Ueber Landau und Umgebung ist eine strenge Verkehrsperre von abends 9 Uhr bis 5 Uhr morgens verhängt worden. Pässe nach dem rechtsrheinischen Deutschland werden vorläufig nicht mehr ausgestellt.

Als Urheber des Unglücks ist ein aus Oldenburg stammender Ingenieur des Oppauer Stiefstoffwerks, der früher Offizier war, von den Franzosen verhaftet worden. Er soll nach der F. Z. offen bekannt haben, daß er sich aus Vaterlandsliebe opfern wolle.

Essen, 3. Juni. Auf der Strecke Kupferdreh—Langenberg wurde eine Weiche aufgerissen. Das Weichenstück fehlt. Ebenso wurden das Gleis nach Ueberruhr und Weiden aufgerissen. Es ist daher nicht möglich, aus dem Oberfelder Bezirk Lokomotiven und Wagen herbeizuschaffen oder den Verkehr auf der Strecke Essen—Süd—Reitwig aufzunehmen.

Der Chemikalienraub

Paris, 3. Juni. Laut „Echo de Paris“ sind im ganzen besetzten Gebiet in der letzten Woche für 200 Millionen Franken (900 Milliarden Papiermark) chemische Erzeugnisse „beschagnahmt“ worden.

Der Streik in Köln

Köln, 3. Juni. Den streikenden Straßenbahnern haben sich alle städtischen Arbeiter angeschlossen. Köln ist ohne Gas. Die englische Besatzungsbehörde hat 4 Streikführer verhaften lassen.

Die „größten Schuffe“

Berlin, 3. Juni. Die beiden Angeber, denen Schlageter zum Opfer gefallen ist, sind nach der D. A. Z. ermittelt und verhaftet worden.

„Kreditunwürdig“

Paris, 3. Juni. Der „herald“ erfährt aus New-York, die amerikanischen Großbankiers nehmen aufs neue Anstand, sich an der Anleihe für Deutschland zu beteiligen, solange es den roten Umstürzern gegenüber sich so unsicher zeige. Sie werden sich zur Hilfe erst bereit finden, wenn die Reichsregierung durch Festigkeit die ruhige Entwicklung und die Sicherheit der Anleihe verbürge.

Der Londoner „Daily Telegraph“ berichtet, der englische Botschafter d'Abernon habe vor seiner Abreise aus Berlin die Reichsregierung auf die Gefahren aufmerksam gemacht, die für Deutschland aus der Duldung der Umtriebe der russischen Bolschewisten entstehen. Radek und Bela Kuhn befinden sich mit 40 anderen Sendlingen in Deutschland.

Der Vorstoß Cecils abgewehrt

Paris, 3. Juni. „Reit Parisien“ meldet, der französische Botschafter in London habe Lord Curzon „die Gründe auseinander gelegt“, warum Frankreich die von Lord Cecil be-

antragte Untersuchung der Lage des Saargebiets nicht annehmen (sukziden) könne. Der Erfolg sei, daß „keine ernstlichen Schwierigkeiten“ der Verständigung mehr entgegenstehen und man könne erwarten, daß die britische Regierung ihren Antrag beim Völkerbund zurückziehen werde. (Das war vorauszu sehen.) Die Antwort Poincaré's spricht dem Londoner „Daily Telegraph“ zufolge dem Völkerbundsrat die Befugnis ab, einen Untersuchungsausschuß zu ernennen.

In einem Schreiben an die Stadtverwaltung in Osterode wird die Forderung von 100 Millionen Mark als Strafe für die Brückensprengung am 12. Mai wiederholt und die Verhaftung des Direktors Kalthoff von der Gute Hoffnungshütte und des Bürgerausschussesmitglied's Lüdeberg mitgeteilt. — Kalthoff befindet sich auf Reisen, Lüdeberg ist schon in Haft.

Postraub

Koblenz, 3. Juni. Die französische Zollbehörde beschlagnahmte hier 1200 Postpakete, Brief- und Geldbriefbeutel, sowie Telegraphenmaterial auf dem Moseldampfer „Berninghaus“. Für die Freigabe verlangen sie 500 Millionen Mark. Bei der Rückgabe des besetzten Posthauses in Offenburg (Baden) fehlte ein großer Teil des Barbestandes. In Bingen wurden 223 Einschreibsendungen und in Trier 6 Beutel mit Briefsendungen „beschagnahmt“.

Neue Nachrichten

Der neue Markkurs

Berlin, 3. Juni. Am Samstag früh fanden wichtige Ministerbesprechungen beim Reichskanzler statt, an denen der Reichsbankpräsident sich beteiligte. An der Börse glaubt man, daß der Markkurs eine Folge der ergebnislos verlaufenen Bemühungen der nach London entsandten Dreimännerkommission sei.

Denkschrift der Gewerkschaften

Berlin, 3. Juni. Die linksgerichteten gewerkschaftlichen Verbände der Arbeiter, Angestellten und Beamten haben in einer Denkschrift an die Reichsregierung im Sinn der (bereits mitgeteilten) Stellungnahme der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gegen den vom Reichsverband der deutschen Industrie angedeuteten Vorschlag Verwahrung eingelegt, daß als Opferleistung für die Kriegsschädigung die tägliche Arbeitszeit verlängert und der Lohnarbeitszwang eingeschränkt werde. Vor allem müsse der in unbeweglichem Eigentum beruhende Besitz zu den Leistungen herangezogen werden.

Der „Vorwärts“ schreibt drohend, diesen Forderungen gegenüber sei die Regierung Cuno jetzt auf die Probe gestellt. Die „gespielte Armut“ der besitzenden Klassen müsse die Welt mit Mißtrauen erfüllen und den Argwohn von vergrabenen Schätzen erwecken, während die wirkliche Armut in den Gassen schreie.

Vom Staatsgerichtshof

Leipzig, 3. Juni. Der außerordentliche Staatsgerichtshof verurteilte den Hauptgeschäftsführer des Deutschen Schuh- und Truhbunds Alfred Roth in Bergedorf bei Hamburg (geborener Stuttgarter) wegen Beleidigung Rathenaus in einer öffentlichen Versammlung in Stettin zu 500 000 Mark Geldstrafe.

Fortgesetzte Landesverletzung durch Franzosen

München, 3. Juni. Obgleich den französischen Privatfliegern durch den Vertrag von Versailles verboten ist, ohne Erlaubnis der Reichsregierung deutsches Gebiet zu überfliegen, lehnen sich die Flieger nicht daran und die französisch-rumänische Luftfahrtgesellschaft läßt ihre Flugzeuge allwöchentlich über einen großen Teil des Reichs fliegen. (Am Freitag mittag ging ein solches Flugzeug über Stuttgart weg, D. Schr.) Nachdem vor kurzem eines dieser Flugzeuge bei Schweig in Mittelfranken hatte eine Notlandung vornehmen müssen, sind dieser Tage wieder zwei Flugzeuge derselben Gesellschaft bei Nürnberg wegen Maschinen Schadens niedergegangen. Die Flugzeuge wurden samt der Ladung in vorläufige Verwahrung genommen und die Führer, von denen einer verletzt ist, werden einstweilen festgehalten.

Amerikanisch-türkischer Handelsvertrag

Lausanne, 3. Juni. Der Vertreter der Vereinigten Staaten wurde ermächtigt, mit den türkischen Vertretern auf der Friedenskonferenz in Verhandlungen über einen Freundschafts- und Handelsvertrag einzutreten. — Einen Handelsvertrag hat Deutschland mit Amerika auch schon, aber zu

Er fühlte, sie hatte mehr zu sagen und getraute sich nicht, es auszusprechen.

„Doch, Heinrich, es geht ihr gut —, aber sie macht sich Sorgen um uns. Vielleicht mehr als nötig wäre!“

„Sorgen um uns?“ Heinrich erstaunte.

„Nun laß nur“, wehrte Jeanne ab. „Wir können später davon sprechen.“

„Warum erst später?“ Heinrich sah seine Frau fragend an. Was hatte sie ihm zu sagen? Es würde wohl nichts Unwichtiges sein! Warum sonst diese Umstände! — Hatte die Familie wieder einmal ihren Einfluß auf Jeanne ausgeübt? Es war nicht gut, daß Jeanne die „Wille de Rancy“ so oft besuchte!

„Grübele nur nicht zu viel“, sagte Jeanne und sie bemühte sich, durch erzwungene Heiterkeit, die ernststen Gedanken zu vertreiben, die sich in Heinrich's Antlitz verrieten. — „Es ist nichts Schlimmes.“

Aber Heinrich blickte düster und verdrossen.

Die Mahlzeit wurde rasch beendet. Man stand auf. „Komm mit hinüber“, sagte Heinrich und seine Stimme klang belegt. Jeanne blickte zu ihm auf. Es war, als wollte sie ihn bitten: „Sei nicht so streng. Ich bin nicht schuld.“

Aber Heinrich beachtete das nicht. Da ging sie bekommen voran.

Als die Tür des Arbeitszimmers ins Schloß gefallen war, wandte Jeanne sich um. Hilflos stand sie vor Heinrich, einem Rinde gleich. Was wollte sie ihm zuerst sagen? — Womit beginnen? —

Als Heinrich die arme kleine Jeanne so vor sich sah, da nahm er sie in aufwallender, leidenschaftlicher Zärtlichkeit in seine Arme, hob ihre schlaffe Gestalt empor und drückte sie lachend in den tiefen Rehnstuhl nieder, dann zog er den Schreibtischstuhl ganz nahe heran, und indem er Jeannes schlaffe Hände in die seinen

nahm, hörte er schweigend auf ihren Bericht.

„Ich kann mir denken“, sagte er, als Jeanne geendet hatte, „von wem die Beschuldigungen ausgehen.“

„Es sind keine Beschuldigungen!“ gab Jeanne zurück.

„Nein“, entgegnete Heinrich. „Aber, man betrachtet es schon als Verbrechen, wenn ein Offizier bei der deutschen Armee den Krieg mitgemacht hat! Und ich bin dazu noch Offizier gewesen! — Daß ich keinen Fluchtversuch unternommen habe, daß ich nicht übergelaufen bin, wird mir zum Vorwurf gemacht. Das ist für Viele Grund genug, mir das Bleiben im Elend zu verübeln. Gewiß denken nicht alle so. Es gibt zum Glück noch manche Offiziere von anständiger Gesinnung. Aber sie kommen nicht zu Worte. Und gegen die Andern sind wir machtlos, weil sie uns nicht offen entgegenzutreten wagen, sondern heimlich und meist gut bezahlte Wühlarbeit leisten. Sieh Dir einmal unsern ersten Sekretär an. Da hast Du den Richtigen! Leute, die einem nicht offen in die Augen sehen können, deren Blick ausweicht, wenn man ihm begegnet, waren mir immer verhaßt. Soldaten habe ich nie getraut. Und ich glaube mich nicht zu irren, wenn ich sage, daß von diesem Menschen alles Böse ausgeht, was über mich geredet wird. — Daß Scholler Onkel Albert darüber Mitteilung gemacht hat, statt mich direkt zu interpellieren, das liegt in seinem Charakter. Aber daß Deine Mutter grundlosen Klatschereien über mich Glauben schenkt, das verstehe ich nicht! Ich hätte mehr Vertrauen von ihrer Seite erwartet! Keinesfalls aber die Vorwürfe, die sie mir macht, oder besser gesagt, die Du meinestwillen zu erleiden hastest.“

(Fortsetzung folgt.)

einem „Freundschaftsvertrag“ haben wir es doch nicht gebracht.

Württemberg

Das neue württ. Ministerium

Die Sozialdemokratie scheidet aus der Regierung aus
Stuttgart, 2. Juni. Der Staatspräsident hat den Justizminister Volz (Str.) von seinem bisherigen Amt entbunden und zum Minister des Innern den Oberregierungsrat im Justizministerium Beyerle (Vorführer der württ. Zentrumspartei), zum Justizminister ernannt.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion brachte dem Staatspräsidenten folgenden Fraktionsbeschluss zur Kenntnis: Die sozialdemokratische Fraktion stellt fest, daß die beiden anderen Koalitionsparteien ihr den Einfluß in der Staatsleitung nicht einzuräumen bereit sind, den sie nach dem Maß ihrer Verantwortung vor dem Volk und nach ihrer Stärke beanspruchen muß und der auch von den beiden andern Parteien grundsätzlich als berechtigt anerkannt worden ist. Unter diesen Umständen ist die sozialdemokratische Fraktion nicht in der Lage, sich weiterhin an der Regierung zu beteiligen.

Der so lange sich hinziehende Streit um den Posten des Ministers des Innern ist nun entschieden. Das Zentrum, als die stärkste Partei, hat sich das wichtigste Ministerium gesichert, der Anspruch der Sozialdemokraten auf zwei Ministerposten, wozu sie zahlenmäßig der erheblich schwächeren Demokratie gegenüber, die das Staatspräsidium und das Finanzministerium inne hat, berechtigt erscheint, ist nicht durchgedrungen. Die Sozialdemokratie war andererseits, wie es scheint, auch nicht mit der Entschädigung durch zwei Ministerialdirektoren zufrieden und zog es vor, ganz aus der Regierungskoalition auszusteigen. Damit scheidet aber auch der seitherige Arbeits- und Ernährungsminister Reil aus, mit dessen Rücktritt übrigens wegen seines verunglückten Kampfes gegen den bürgerparteilichen Abgeordneten Bazille in naher Zeit wohl sowieso zu rechnen war. In Abgeordnetenkreisen hält man es, wie verlautet, überhaupt für nicht ausgeschlossen, daß im Interesse der sparsamen Staatsvereinfachung das Ernährungsministerium wieder aufgehoben und sein verhältnismäßig bescheidener Aufgabenkreis mit dem Ministerium des Innern vereinigt wird, zu dem er früher gehörte.

Stuttgart, 2. Juni. Noch eine Denkschrift. Auch die sozialistischen Gewerkschaften in Württemberg haben der Regierung eine Denkschrift übergeben, in der Maßnahmen gegen Teuerung und Wucher verlangt werden. Auch in Württemberg werde „die Gefahr immer größer, daß sich die Erregung der arbeitenden Volksschichten in ähnlicher Weise auswirkt wie in anderen Teilen des Reichs“.

Stuttgart, 3. Juni. Der neue Brotpreis. Infolge der Verrieselung des Mehlverkaufspreises der Reichsgetreidekasse mußte der Preis für den 930 Gramm-Paß Markenbrot vom 1. Juni an auf 1100, für Markenbrotmehl auf 700 Mark das Pfund erhöht werden. Markenfreies Brot kostet nun 2600 Mark, Weißbrot 3000 Mark das Kilo, ein Paar Weiden 300 Mark.

Stuttgart, 2. Juni. Mittelstandshilfe. Die Verkaufsstelle für den notleidenden Mittelstand in dem alten Katharinenstift, Friedrichstr. 34, hat seit ihrer Eröffnung am 21. Juni 1922 bis 20. Mai 1923 aus dem Verkauf der abgegebenen Gegenstände Einnahmen von insgesamt 400 Millionen Mark erzielt. Der Andrang zu der Verkaufsstelle war besonders in den letzten Tagen außerordentlich stark; so betrug am 27. Mai die Tageseinnahme allein 17 Millionen Mark. Neuerdings werden auch Möbel und größere Haushaltsgegenstände in der Weise vermittelt, daß diese nicht auf die Verkaufsstelle gebracht werden müssen. Die Verkaufslustigen können ihre Meldungen bei der Verkaufsstelle abgeben, wo sie dann durch Aushang zur Kenntnis der Kaufsüchtigen gebracht werden. Die Möbel werden auf Erfuchen von einem Fachmann gegen eine mäßige Gebühr im Hause gefahrt. Die Zentralleitung für Wohltätigkeit wirkt schon seit einiger Zeit darauf hin, daß auch außerhalb Stuttgarts eine Reihe von Zweigstellen der Stuttgarter Verkaufsstelle eingerichtet werden. Eine solche Zweigstelle besteht in Heilbronn (Sülmstraße 74). Ferner ist neuerdings vom Bezirkswohltätigkeitsverein Ravensburg beschlossene worden, in Ravensburg eine Verkaufsstelle für das Oberland einzurichten. In Ulm betreibt der Coang. Frauenbund eine Verkaufsvermittlung für den notleidenden Mittelstand und in anderen Städten, wie in Reutlingen werden von Frauenvereinen gelegentlich Verkaufsmessen abgehalten. Nun soll in solchen Bezirken, in denen eine Verkaufsstelle nicht besteht, wenigstens eine Sammelstelle eingerichtet werden, von der die zur Ablieferung kommenden Gegenstände gesammelt und sofern sie nicht sofort an Ort und Stelle verkauft werden können, auf die Stuttgarter Verkaufsstelle gebracht werden. Hierbei handelt es sich selbstverständlich in der Hauptsache um Wertgegenstände von kleinerem Umfang, deren Beförderung nicht zu großen Schwierigkeiten und Kosten verbunden ist. Für solche Wertgegenstände ist dann in Stuttgart mehr als draußen das kaufkräftige Publikum vorhanden. In Cannstatt ist eine Annahmestelle im Rathaus eingerichtet worden.

Ulm, 2. Juni. Max Reger-Feier. Am 9. und 10. Juni findet hier eine Reger-Feier statt mit Kammer- und Kirchenmusik. In die Ausführung teilen sich Kammerfängerin Erler-Schnaudt, das Wendlingquartett, Prof. Dr. Hoffe, Musikdirektor Hahn, Professor Wendling und der Verein für klassische Kirchenmusik Ulm. Die Leitung hat Musikdirektor Hahn.

Waldsee, 2. Juni. Edle Spenden. Dem Tuberkulosefonds des Jugendamts Waldsee haben als freiwillige Spenden weiter überwiesen: die Standesherrschaft Aulendorf 500 000 M., die Seidenweberei Waldsee 500 000 M., das Sägewerk B. Peter, Baffers 200 000 M.

Radolfzell, 3. Juni. Ueber die umgekehrte Welt sprach der Vorsitzende der badischen Zentrumspartei Abg. Dr. Schofer im kath. Gesellenverein. Heute zählte man 1. Geldaristokratie, 2. Muskelaristokratie, 3. Geistesaristokratie. Das sei aber grundfalsch. Alle Fortschritte seien nicht der Hand, sondern der Kopfarbeit zu danken; die großen Erfindungen seien das Werk der Kopfarbeiter. Wenn wir wieder hochkommen wollen, müsse das Mißverhältnis wieder in die richtige Ordnung gebracht werden: zuerst die geistige, dann die körperliche Arbeit und am Schluß erst der Geldsak. Wie verderblich das verkehrte Verhältnis wirke, sehe man bei

den jungen Arbeitern, die anstatt zu lernen und im Handwerk und Gewerbe sich auszubilden, die viel zu hoch bezahlte Lohnarbeit in den Fabriken vorziehen und untüchtig bleiben, dagegen für Sport und Luxus Geld und Neigung in überreichem Maß besitzen. Das sei weder christlich noch philosophisch oder naturrechtlich zu verantworten. Daß die Studierenden gezwungen seien, ihren Unterhalt durch körperliche Arbeitsleistungen in der Ferienzeit zu verdienen, sei ein bedauerlicher und gefährlicher Zustand, der dazu führen werde, daß die geistigen Leistungen Schaden leiden und das Studium ein Vorrecht der Reichen werde. Bei der Besetzung der Einratsämter werde der Einfluß des Geldes sich geltend machen und die Bahn dem Tüchtigen verschlossen werden.

Die Markenbrotversorgung. Nach einer amtlichen Mitteilung im bayerischen Landtag wird die Reichsregierung eine Gesetzesvorlage einbringen, um die Markenbrotversorgung im bisherigen Umfang noch einige Monate über den 15. August 1923 hinaus fortzuführen.

Was haben wir bei unserer Ernährung im Haushalt zu beachten? Die gegenwärtigen Ernährungsverhältnisse haben den Reichsernährungsminister Dr. Luther veranlaßt, unter dem vorstehenden Titel von dem Sachverständigen für Lebensmittelfragen, Geheimrat Prof. Dr. A. Jucknack in Berlin eine Broschüre schreiben zu lassen. In leichtverständlicher Form gibt die kleine Schrift über die wichtigsten Lebensmittelfragen, über die hauptsächlichsten Lebensmittel, über deren Zusammensetzung und Bedeutung für die Volksernährung, über die Zubereitung, Frischerhaltung, zweckmäßigste Verwendung usw. Aufschluß. Man findet in dieser Schrift eine Fülle von Anregungen zur sparsamen und zweckentsprechenden Ernährung.

Kocher mit Sonne! Die Ausnutzung der Sonnenwärme zur Erzeugung von Wasserdampf war bisher nur in tropischen oder subtropischen Gegenden möglich, wie etwa in Kalifornien, wo man an den verschiedenen Stellen nur 4-5 Regentage kannte. Dort sind seit Jahren Sonnenmotoren in Betrieb, die auf Farmen Pumpen betreiben und andere maschinelle Arbeiten leisten. Daß aber die Ausnutzung der Sonnenkraft auch in der gemäßigten Zone möglich ist, beweist eine Erfindung, von der Dr. Paul Schröder in der neuesten Nummer der „Gartenlaube“ Mitteilung macht. Danach hat der deutsche Professor Adolf Marcuse eine „Wärmefalle“ konstruiert, mit der auch in unserem nördlichen Klima dreiviertel der ausnutzbaren Sonnenenergie in nutzbarer Arbeit umgesetzt wird. Der Apparat ist so einfach, daß er selbst im Haushalt Verwendung finden kann, und bald wird man wohl der Hausfrau nicht mehr empfehlen: „Kocher mit Gas!“, sondern „Kocher mit Sonne!“.

Erdschöhe. Kohlenrübenpflanzungen werden Jahr für Jahr von Erdschölen schwer geschädigt. So klein die Tierchen sind, so groß ist ihre Zahl. Es kommt deshalb oft vor, daß sie junge Pflanzungen vollständig vernichten. Als bestes Bekämpfungsmittel gilt das Begangenen der Schädlinge mittelst eines breiten, beidseitig mit Raupenleim oder auch mit Teer bestrichenen Kartons oder Brettes, das unten mit Kammertönen leerer Fortsätze versehen ist. Wird diese einfache Vorrichtung so über die Kultur fortbewegt, daß die Pflanzen mit den unteren Enden berührt werden, so springen die Schöhe hoch und bleiben an der Wasse kleben. Diese Arbeit muß bei guter Witterung vorgenommen und mehrmals wiederholt werden. Für größere Grundstücke eignet sich ein Stück Tuch, das in belagter Weise bestrichen und ausgebreitet über den besessenen Acker getragen wird. Bei der Handhabung von Tuch und Brett ist Sorge zu tragen, daß der Teer die Pflanzen nicht berührt. In Gärten und Gemüsegärten leistet der einfache Karton ebenfalls gute Dienste. Hier behilft man sich aber auch mit bestem Erfolg mit Dienen. Loosstaub oder anderen scharfen Stoffen, die auf die angezeigten Pflanzen gestreut werden. Regnerische, feuchte Witterung sagt den Tierchen nicht zu. Ebenso werden sie durch fortwährendes Feuchthalten der Pflanzbeete vertrieben.

Ullerei

Missionare für Logo. Die drei von der britischen Regierung zugelassenen deutschen Missionare der Norddeutschen Missionsgesellschaft reisen am 3. Juni zum Dienst in Keta (jetzige englische Slangensüste, früher Deutsch-Logo) ab. Dies sind die ersten deutschen Missionare, die in ehemaliges deutsches Kolonialgebiet zugelassen werden.

Flugleistung. Ein Flugzeug der Luftlinie München-Wien hat am 31. Mai diese Strecke in 140 Minuten zurückgelegt, obgleich das Flugzeug infolge schwerer Wolkenbildung genötigt war, über die Wolken zu gehen.

Unwetter. Auch die Täler der Fulda, Eltra, Weis, Haune und Solz (Prov. Hessen-Nassau) wurden infolge schwerer Wolkenbrüche von Ueberschwemmungen heimgesucht. Die Fulda stieg vorübergehend um 2 Meter. Die Kartoffelfelder sind förmlich fortgetragen worden.

Einbruch. Auf dem Gut Bösch bei Bölschen (Pommern) erbeuteten Einbrecher Silberfachen der Familien von Jüchow und Herden im Wert von 300 Millionen Mark.

Falsche Wandervogel. Eine Bande von 10 jungen Burgen und Mädchen, die auf ihren Ausflügen als angebliche Wandervogel in der Umgebung von Berlin Massendiebstähle von Leinwand, den sie mit Drahtschere abschnitten, verübt hatten, wurden zusammen mit 4 Helfern hinter Schloss und Riegel gebracht.

24 Spielhöhlen schimmiger Art, meist von Ausländern betrieben, hat die Berliner Polizei in den letzten zwei Monaten nachsichtigerweise ausgehoben.

Die dritte Frau wurde dieser Tage bei einer Nachwahl in das englische Unterhaus gewählt.

Weltrekord im Glodenläuten. In England ist wieder einmal ein neuer Weltrekord aufgestellt worden, und zwar im Glodenläuten. Die im 17. Jahrhundert gegründete Gewerkschaft der Glodenläuter hat sich auf diesem Gebiet allmählich zu Leistungen emporgearbeitet, die man in England als weitbedeutend ansieht. Der bisherige Rekord war im Dezember 1901 von den Glodenläutern in Birmingham aufgestellt worden. Er wurde aber jetzt in Southwark mit einer Zeitdauer von neun Stunden 48 Minuten ununterbrochenen Läutens übertroffen. An der Ausstellung dieses Rekords arbeiteten zwölf Männer, ohne während der ganzen Zeit Nahrung zu sich zu nehmen. Die Kathedrale von Southwark hat zwölf Gloden. Man hat berechnet, daß diese Gloden 37 Jahre geläutet werden müssen, wenn alle möglichen Kombinationen erschöpft werden sollen. Die Weltweit darf sich also noch auf eine Reihe neuer Rekorde gefaßt machen.

Die Art der Hinrichtung in Deutschland ist wie Landgerichtsdirektor Rudolf Ziel in „Reclams Unterium“ ausführt, durch das Reichsstrafgesetzbuch geordnet. Die Todesstrafe ist

danach die Enthauptung und der Landesgesetzgebung bleibt nur insofern Spielraum, als sie die Form selbstständig regeln kann. Nach gemeinem Recht war das Schwert die Waffe des Scharfrichters. Noch heute wird das Richtschwert in Mecklenburg, Anhalt, Keuß, Schaumburg-Lippe und Bremen verwendet. Im größten Teil von Preußen, in Braunschweig und in einigen thüringischen Staaten ist das Beil an seine Stelle getreten. In anderen deutschen Ländern, so auch in Württemberg und Baden, ist das Fallbeil eingeführt, das nach dem Erfinder, dem französischen Arzt Guillotin „Guillotine“ genannt und während der französischen Revolution Weltfama erlangte. In Bayern hat der Kommunist Eisner-Kusmanowski 1918 während der Räteherrschaft die Hinrichtung durch Erschießen angeordnet und diese Todesstrafe ist in Bayern beibehalten worden.

Bergriesen unter Wasser. Durch die Kobellegungen und die Ausbesserung von Kabeln ist unsere Kenntnis von der Geographie des Weltmeers in letzter Zeit immer größer geworden. Es ist aber wenigen bekannt, daß es Gebirge unter der Oberfläche des Meers ebenfogat gibt wie auf dem Festland, und daß einige dieser unterseeischen Bergketten so hoch sind wie die Alpen und die Anden. Einer der höchsten Berge unter Wasser ist Laura Eihel, der in der Mitte des Atlantischen Ozeans liegt. Dieser Bergriesen ist über 12 000 Fuß hoch; der Gipfel befindet sich weniger als 200 Fuß unter der Meeresoberfläche. Dieser Berg ist von den Ozeanographen mit Hilfe von Lotungen so oft erforscht worden, daß er ebenso gut bekannt ist wie der Mont Blanc, obgleich ihn noch niemals jemand gesehen hat. In derselben Gegend befindet sich ein anderer unterseeischer Berg, der Mount Chauver, der vor etwa 70 Jahren entdeckt wurde. Sein Gipfel ist etwas über 10 000 Fuß angegeben wird. Der Gipfel eines anderen Meeres-Berges, des Mount Placencia, liegt nur 30 Fuß unter dem Meerespiegel. In einem anderen Teil des Atlantischen Ozeans ist eine Bergkette bekannt, deren verschiedene hohe Gipfel nach den Mitgliedern der englischen Königsfamilie benannt sind. Diese unterseeischen Bergriesen können, wenn sie nicht bekannt sind, den Schiffen gefährlich werden. So gibt es im Süden des Atlantischen Ozeans eine unterseeische Gebirgskette, deren höchster Gipfel Saintbill heißt. Am Fuße dieses Berges sollen nicht weniger als 5000 Wracks liegen, die hier im Laufe der Zeit gescheitert sind.

Familienforschung und Wappentunde

Von Karl Busch, Berlin.

Der harte Krieg und seine entsetzlichen Nachwirkungen haben gelehrt, uns mehr als früher auf uns selbst zu besinnen und den Wurzeln unserer Kraft im eigenen Hause nachzuspüren. Als eine der gewiß seltenen günstigen Nachwirkungen ist unstreitig zu verzeichnen, daß eine größere Belebung des Interesses für die Familienforschung Platz gegriffen hat. Jede Familie sollte sich anschicken, ihre Geschichte niederzulegen und aus dem Leben so mancher trägen Gestalt derselben Mut zu schöpfen, um an der Zukunft nicht zu verzweifeln. Dazu ist jedoch erforderlich, daß sich die einzelnen Familienglieder mehr Beträuen entgegenbringen und Familienüberlieferungen beleben oder neu ins Leben rufen, um so den Grundstock zu legen für einen Familienverband. Biele haben Familien geschichtliches Material, und es fehlt nur die Anregung, sich mit anderen noch lebenden Familienmitgliedern in Verbindung zu setzen. Es ist erstaunlich, welche reges Interesse sich herausbildet, wenn erst einmal der Anfang gemacht ist, und wie viele langstochernde Urkunden dies Bestreben ans Tageslicht bringt zur Freude sämtlicher Familienmitglieder gleichen Stammes. Als sicherstes Zeichen der Zusammengehörigkeit ist die Auffindung oder Neuregelung eines Familienwappens zu bezeichnen, was keineswegs eine unnütze Spielerei ist, wie vielfach angenommen wird. Der Adel, der meistens auf eine lange Tradition zurückblickt, weiß genau, warum er diese und sein Wahrzeichen, das Wappen, so liebevoll pflegt. Warum sollen die Bürgerlichen dies nicht auch tun? Haben doch ihre Vorfahren seit dem 14. Jahrhundert ebenfalls mit demselben Rechte Wappen geführt. Trotz aller Bemühungen der Fachvereine herrscht gerade auf dem Gebiet der Familien- und Wappentunde eine überaus große Unkenntnis, doch dürfen wir erwarten, daß die heutigen Zeitumstände den Familienforschungen von Nutzen sein werden. Der deutsche Bürger besinnt sich wieder auf die Verpflichtung gegenüber seiner Familie, und dazu gehört jenes sinnreiche und seit 750 Jahren in Deutschland eingeführte äußere Zeichen für den Zusammenhalt der Familie, welches wir Wappentunde nennen.

Es ist ein weitverbreiteter und fast unausrottbarer Irrglaube, daß nur der Adel berechtigt sei, Wappen zu führen. Die Geschichte lehrt aber, daß zur selben Zeit auch die bürgerlichen Wappen vertrieben und als Siegelbild, als Haus- oder Handelsmarke u. dgl. benutzt. Familienwappen brachte man an auf Siegeln, Ringen, Grabmälern, Lederwaren, bemalten und geschmückten Wandtafeln, sowie auf Porzellan und Schmuck. Am schönsten wirkte der Wappenschmuck auf farbenfreudigen gemalten Fensterbildern, die heute noch, meist als sogenannte alte „Schweizer Wappenscheiben“, großen Wert besitzen.

Es ist nur zu begrüßen, wenn heute viele Familien sich auf die alten Überlieferungen besinnen und ihr Wappen wieder aufnehmen. Wer noch kein Wappen hat und gern eins führen möchte, werde sich an einen der wissenschaftlichen Vereine zur Familienforschung oder an einen anerkannten Wappenkünstler, der auch in der Lage ist, nachzuforschen, ob nicht schon früher von der Familie ein Wappen geführt wurde; man prüfe aber den Ruf eines der sogenannten „heraldischen Institute“, ehe man einem solchen Vertrauen schenkt. Diese behaupten vielfach, daß für jeden Namen auch ein Wappen vorhanden sei, und daß jeder dieses Namens es führen dürfe. Sie berufen sich dabei auf eine „europäische Wappenammlung“, die gar nicht besteht, auch für alle Millionen Namen undenkbar ist.

Es würde hier zu weit führen, die heraldischen Regeln darzustellen. Es sei nur bemerkt, daß ein Wappen am so besser wirkt, je einfacher es ist. Wer Bilderrästel fabriziert, verkennt alle guten heraldischen Grundfätze. Die Vorzeit hatte ein tieferes Verständnis für Einfachheit der Einföhrung und Wappenformen als die Gegenwart.

Nun noch einiges über die Festlegung eines überlieferten oder angenommenen Wappens. Für die Entrozung kommt in Betracht das Große und Allgemeine Wappenbuch, das in den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts von Dr. D. P. von Hefner in München gegründet wurde und seit dem Jahr 1873 unter der Leitung namhafter Berliner Heraldiker steht; ferner das treffliche „Genealogische Handbuch bürgerlicher Geschlechter“, herausgegeben von Dr. Bernhard Körner. Der vollen Berechtigung der bürgerlichen Wappen Rechnung tra-

gend. hat das erstgenannte Unternehmen von Anfang an denselben eine besondere Ableitung gewidmet. Von dem dritten Band an hat die Leitung dieser Abteilung der Geh. Rechnungsrat G. U. Segler, Ehrenmitglied des ältesten heroldischen Vereins Herold, Berlin S. 30, übernommen und diese bis zum 12. Band geführt. Die erfolgte Fortsetzung wird auf Wunsch eine Urkunde ausgestellt, welche auch künstlerisch ausgearbeitet werden kann. Nach heutigem Recht hat ein derartiges Wappen gesetzlichen Schutz.

Bürgerversammlung.

Wildbad, den 3. Juni 1923.

Im Hinblick darauf, daß der heutige Sonntag nach längerer Zeit nun wieder von herrlichem und wärmeren Wetter begünstigt war und es somit schon eines größeren Interesses bedurfte, um sich unter diesen Umständen zum Besuch einer Versammlung nachmittags zu entschließen, so muß der Besuch der Bürgerversammlung als gut bezeichnet werden. Und tatsächlich war auch bei den Anwesenden das größte Interesse vorhanden, daß bei der Aufstellung der Kandidaten zur bevorstehenden Gemeinderatswahl nach jeder Hinsicht Sorge getragen werde, damit die verschiedentlich in Erscheinung getretenen mißliebigen Zustände, unter welchen das Schulhaus in Sprollenhaus ganz besonders zu erwähnen wäre, endlich Abhilfe erfahren. Nach Bekanntgabe der vom Ausschuss vorgeschlagenen Kandidaten forderte der Vorsitz, auf aus der Versammlung weitere Vorschläge zu machen. Auf die Aufforderung des Herrn Vorsitzenden ergriff Herr Direktor Götz das Wort zu einem etwa halbständigen Vortrag, in dem er ausführte, daß er schon bei der letzten Wahl die ihm wiederholt angetragene Kandidatur abgelehnt habe. Sein Ziel sei die Erleichterung der Jugend, und auf diesen Zweck verwende er seine ganze Arbeitskraft. Gleich nachdem die Wahlentscheidung des Herrn Vollmer erfolgreich gewesen war, sei ihm von den angesehensten hiesigen Bürgern wiederum die Bitte unterbreitet worden, diesmal aus der Reserve hervorzutreten. Er habe alle diesbezüglichen Anträge aber stets abgewiesen und sich zur Annahme der Kandidatur erst entschlossen, nachdem ihm heute Morgen durch eine viergliedrige Deputation des Bürgervereins-Präsidiums in eindringlichen Worten die Annahme wieder aus Herz gelegt worden sei. Er habe sich also nicht vorgebeugt, er bringe der Bevölkerung vielmehr ein großes Opfer, und er erkläre deshalb, daß, wenn in der heutigen Generalversammlung auch nur eine Stimme gegen seine Wahl laut werde, er ohne Weiteres gern und freudig zurücktrete. Er habe sich zur Annahme nur deshalb bereit gefunden, weil die Vorkommnisse der letzten Monate ihm die Ueberzeugung gebracht hätten, daß der Karren in kommunalpolitischer Hinsicht vollständig verfahren werde. Sei es nicht verwunderlich, daß ein Stadtvorstand, der doch der Vater der Gemeinde sei, sich mit seinen Söhnen an Gerichtsstelle treffe und deren Verteilung zu 3000.—, 4000.—, 6000.— und 10000.— M. herbeiführe? Man könne nicht jedem Bürger zumuten, daß er sich in die Spitzfindigkeit der Jurisprudenz vertiefe. Bergreife sich dann einmal jemand im Ausdruck, so sei es ganz verfehlt, dafür zum Kadi zu laufen. Sehr nachdenklich habe ihn auch der Antrag gestimmt, daß gegen Herrn Vollmer deshalb, weil er eine Wahlentscheidung eingereicht habe, als „Strafe“ der höchste Sportfahrschein beantragt worden sei. Dürfe man in Wildbad denn keine andere Meinung mehr haben als die, welche auf dem Rathaus sanktioniert sei? Herr Vollmer habe doch nur von seinem guten Rechte Gebrauch gemacht. Wer aber müsse nun die enormen Kosten bezahlen? Nicht derjenige, der diesen Antrag gestellt habe, sondern da Herrn Vollmer von der obersten Instanz sein Recht bescheinigt wurde, die Stadt, d. h. wir, die Bürger von Wildbad. Wer im öffentlichen Leben

siehe, müsse Kritik ertragen können. Wenn er in den Gemeinderat gewählt würde, würde er auf das Entschiedenste gegen eine Geheimpolitik des Rathauses auftreten, welche die Bürgerschaft unvermittelt vor Beschlüssen von weittragender Bedeutung stelle. Er würde, in bestimmten Zwischenräumen, seine Wähler über das unterrichten, was auf dem Rathaus vorgehe. Die Stadtverwaltung habe ihre Existenz nicht aus sich selbst, sondern aus der Souveränität des Volkes, dem niemand das Recht verwehren dürfe, in Lebensfragen mitzusprechen. Wenn die Verhältnisse sich in Wildbad so entwickeln könnten, daß Gewitterschwüle hier lagere, so sei diese Tatsache nur darauf zurückzuführen, daß die hiesige Bevölkerung leider keine politische Schulung erfahren habe. Er glaube nicht, daß sich Bürger einer anderen Gemeinde hätten gefallen lassen, daß sie die Bekanntmachungen der Stadtbehörde an den Plakatsäulen ablesen müßten. Sein Wahlprogramm sei kurz und bündig folgendes: Oberstes Gebot sei ihm das Wohl der Bürgerschaft. Wildbad müsse sich entwickeln, die Perle des Schwarzwaldes werden! Die Gemeindepolitik müsse großzügig sein. Bei dem Reichtum, den Wildbad allein in seinem Wald besitze, sei es unverständlich, wenn z. B. gegenüber den Forderungen der Porzellan nach elektr. Licht, nach dem Schulhaus-Neubau u. s. w. die Deckungsfrage als Gespenst in den Vordergrund geschoben werde! Jedem Bürger sein Recht! An dem verbrieften, heiligen Nutzungsrecht dürfe nicht gerüttelt werden! Ein entsprechendes Recht aber auch für die „Hereingeschmeckten“! Betteles-Bürgerschaft kenne er nicht! Nur dem Tüchtigen freie Bahn — auch in Wildbad! Er wiederhole noch einmal: „Wenn Sie mich wählen wollen, werde ich es mir zur Ehre anrechnen, und es soll mir recht sein. Wenn Sie von meiner Wahl aber Abstand nehmen, ist es mir noch viel, viel lieber!“ — Nachdem sich noch einige zur Kandidatenliste vorgeschlagenen Mitglieder geäußert hatten, erfolgte geheime Abstimmung. Nach Anzahl der erhaltenen Stimmen stellt sich nun der Wahlsitz des Bürgervereins wie folgt zusammen: 1) Direktor Götz, 2) Frig Krauß, Schlossermeister, 3) Karl Schmid (Vorsitz. des Bürgervereins), 4) Wilh. Rath, Buchbinder, 5) Karl Treiber, Oberholzhauer, 6) Christian Bozenhardt, 7) Rob. Ruez, 8) Ernst Keller, Sprollenhaus. B.-V.

Handelsnachrichten

Dollarkurs am 2. Juni: 80 951.90 (76 440.60).
 1 Pfd. Sterl. 361 095, 100 holl. Gulden 3 082 800, 100 Schw. Franken 1 411 450, 100 franz. Franken 508 870, 100 belg. Franken 436 400, 100 ital. Franken 361 550, 100 öst. Kr. 111.72, 100 tschech. Kronen 235 400, 100 poln. Mark 116.
 Goldmarkkurs der Reichsbank und Post für ein Zwanzigmarkstück ab 4. Juni 260 000 Mark, für eine Reichsilbermünze der 500fache Betrag des Nennwerts.
 Das Goldrollausgeld wurde für die Zeit vom 6. bis einschließl. 12. Juni von 991 900 v. H. auf 1 189 900 v. H. erhöht.
 Auf die 5prozentige preußische Kalk- und Roggenanleihe sind 400 200 700 Kg. Kalk und 1 460 063 Ztr. Roggen gezeichnet worden. Da nur 100 Millionen Kilo Kalk und 400 000 Zentner aufgelegt waren, ist die Kalkanleihe 5mal, die Roggenanleihe 3mal überzeichnet worden.
 Die Preise für Stickstoff-Düngemittel sind wie folgt neu festgesetzt worden: Schwefelsaures Ammoniak, nicht gedarrt und nicht gemahlen 13 900 (ab 24. Mai: 9300), dasselbe gedarrt und gemahlen 14 000, salzsaures Ammoniak, Ammoniumsulfatpulver und Kalk-Ammoniumsulfatpulver 13 900 (9300), Natronsalpeter 15 250 (11 100), Kaliumsalpeter 12 500 (8300) für das Kilo Stickstoff. Diese Preise gelten für alle vom 1. Juni ds. Js. ab zur Verladung gelangenden Mengen bis auf weiteres. — Die längst beauftragte Kommission des Reiches hat im Verfolg der neuen Kohlenpreiserhöhung jetzt eine weitere Erhöhung für Kalk beschlossen, nämlich um 45,72 v. H. mit Wirkung ab 1. Juni.
 Lebendes Vieh aus Südwest-Afrika. In Hamburg trafen mit dem Dampfer „Arundi“ etwa 200 Stück Ochsen aus Südwest-Afrika ein, welche mit der Bahn nach dem Binnenlande geschafft

wurden. Dies ist die 3. Sendung Schlachtvieh aus Südwest-Afrika und alle Transporte haben die Reise auf überstanden.
 Lebensmittelpreise in Hamburg. Butter 12 400, Milch 1500, Marktbrot 2600.
 Weizenmehlrückpreis der Sächsischen Mähdrescher-Vereinigung am 2. Juni 440 000 M. (400 000) für 100 Kilo mit Sach ab Mähle.
 Am Eiermarkt. Im Großverkauf notierten für 1 Stück in Mark am: Berliner Markt 500—600, Sächsischer 550—600, Oldenburger 500—550, Schleißer 500—570, Södd. 540—600, Westdeutscher 590—620.
 Berliner Kartoffelnotierung vom 1. Juni. Die Berliner Notierungskommission für Kartoffeln notierte für 50 Kilo: Weiße und rote 5500, gelblichgelbe 6000 M.

Märkte

Rastatter Schweinemarkt. Bei gutem Geschäftsgang wurden für das Paar Läufer 700 000 bis 1 Million Mark und für das Paar Ferkel 400—500 000 Mark bezahlt.
 Schweinemarkt Winnenden, 31. Mai. Zufuhr 95 Stück Milchschweine. Preis für das Stück 350 000—430 000 M. Schlepender Verkauf.
 Fruchtmarkt Winnenden, 31. Mai. Die Zufuhr betrug 194 Zentner Weizen, 196 Zentner Hafer, 8 Zentner Dinkel, 12,5 Zentner Roggen, und 2,5 Ztr. Gerste. Preis für Weizen 99 bis 110 000 M., für Hafer 64—74 000 M., für Dinkel 80—82 000 M., für Roggen 80—90 000 M., für Gerste 900 000 M. je der Zentner.

Den Hundeseinden

Ihr liebt die treuen Hunde nicht,
 Weil euren Herzen fremd geblieben,
 Was aus der Hundeseele spricht,
 Und wie ein Hund vermag zu lieben.

Das Tier seht ihr im Hunde nur,
 Geschaffen, willig euch zu dienen;
 Euch ist der Schöpfer der Natur
 In diesem Wesen nie erschienen.

Kommt nur ins Elend erst einmal,
 Von allen, die ihr liebt, verlassen,
 Und fühlet der Enttäuschung Dual,
 Dann lernt ihr Hundetreue fassen!

Und wenn ihr fern dem Weltgewühl
 In stiller Einsamkeit begraben,
 Wohlthuend ist dann das Gefühl,
 Doch einen wahren Freund zu haben.

Wenn unfre Hände er beleckt,
 Aus klugen Augen auf uns schauend,
 Die Pfote uns entgegenstreckt,
 Nur uns ergeben und vertrauend:

Dann regt der feste Glaube sich,
 Weil uns ein Wesen treu geblieben,
 Dann lernt man menschlicherlich,
 Den Schöpfer im Geschöpfe lieben.

Und wenn ihr das Gefühl nicht kennt,
 Ich es zu sagen mich nicht scheue:
 Vom Hunde, den ihr „Köter“ nennt,
 Lernt eine Tugend — lernt die Treue!

C. K.

Stoff-Farben
Blusen-Farben
Gardinen-Farben
 In allen einschlägigen Geschäften zu haben.
 Verlangen Sie die lehrreiche, gratis beifolgende.
WILHELM BRAUNS & CO. QUEDLINBURG.

Gemeinderatswahl.

Die Wahl findet am Sonntag, den 24. Juni 1923 unter Leitung eines Wahlvorstands: Vors. Stadtschultheiß Baegner, Beisitzer Gemeinderatsmitglieder Großmann und Schlüter, statt und zwar im

1. Wahlbezirk mit dem Stadtteil A rechts der Enz und den Parzellen Kleinhof, Windhof und Lautenhof. Wahllokal: Rathausaal. Distriktwahlvorstand: Vors. Stadtpflegerbuchhalter Brachhold (Stellvertreter: Steuerratschreiber Schmid), Kaufmann Wiber und Oberlehrer Walz.
2. Wahlbezirk mit dem Stadtteil B links der Enz mit den Parzellen Grünhütte, Hochwiese, Lebensägmühle, Kollwasser, Sommerberg, Ziegelhütte. Wahllokal: altes Schulhaus. Distriktwahlvorstand: Vors. Louis Rappellmann, Kaufmann und Gemeinderat, (Stellv.: Notar a. D. Bürkardt), Jol. Mayer, Kaufmann und Karl Pfan, Hauptlehrer hier.
3. Wahlbezirk mit den Parzellen Sprollenhaus, Christofshof, Rälbermühle, Kollhäusle, Nonnenmühl und Sprollenmühle. Wahllokal: Schulhaus in Sprollenhaus. Distriktwahlvorstand: Vors. Stadtpfleger und Gemeinderat Brachhold, (Stellv.: Bergbahnverwalter Gutub), Anwalt Mutterer und Sägwertsbesitzer Schanz.

Auf die Dauer von 6 Jahren sind 8 Mitglieder des Gemeinderats neu zu wählen.

Auszuwählen haben die Herren:

- 1) Kuch, Frig, Zimmermeister,
- 2) Schmid, Hermann, Metzgermeister,
- 3) Schill, Wilhelm, Maurermeister,
- 4) Blumenthal, Karl, Photograph,
- 5) Wacker, Wilhelm, Fabrikarbeiter,
- 6) Bauert, Hermann, Schlosser,
- 7) Böhner, Christian, Schuhmachermeister,
- 8) Eitel, Karl, Installateur.

Die Auszuwählenden sind wieder wählbar. Die Wahl erfolgt nach dem Grundsatz der verhältnismäßigen Vertretung der Wähler.

Die Wahlhandlung beginnt vormittags 8 Uhr und wird nachmittags 4 Uhr geschlossen. Nach dem für den Schluß der Wahlhandlung bestimmten Zeitpunkt dürfen nur noch diejenigen Wähler zur Stimmabgabe zugelassen werden, welche im Wahlraum bereits anwesend sind. Die Wahl wird in einer ununterbrochenen Handlung durch unmittelbare geheime Stimmabgabe der Wahlberechtigten vollzogen. Nur diejenigen sind zur Wahl zugelassen, welche in die Wählerliste aufgenommen sind. Während der Wahlhandlung und der Ermittlung des Wahlergebnisses steht der Zutritt zum Wahlraum jedem Wahlberechtigten offen.

Die Wahl ist auf solche Bewerber beschränkt, welche in den öffentlich bekanntgemachten Wahlvorschlägen enthalten sind. Im Uebrigen wird auf Art. 78 der Gem.-Ordn. mit der im Regierungsblatt von 1919 S. 37 veröffentlichten Fassung verwiesen.

Die Wahlberechtigten werden zur Einreichung von Wahlvorschlägen aufgefordert. Die Wahlvorschläge sind bei dem unterzeichneten Vorsitzenden des Wahlvorstandes so zeitig einzureichen, daß zwischen dem Tag der Einreichung und dem Wahltag ein Zeitraum von mindestens zwölf vollen Tagen liegt, also spätestens am 11. Juni 1923. Die Einreichung muß am letzten Tage, an dem sie zulässig ist, spätestens bis abends 7 Uhr erfolgt sein.

Der Wahlvorschlag muß von mindestens zwanzig in die Wählerliste aufgenommenen Personen unterzeichnet sein. Im übrigen wird auf Art. 75 der Gemeindeordnung und den Anschlag am Rathaus verwiesen.

Bordrucke zu den Wahlvorschlägen können auf dem Rathaus abgeholt werden, soweit der Vorrat reicht.

Wildbad, den 24. Mai 1923.

Stadtschultheiß: Böhner.

Bin im Sommer vom 8. Juni ab jeden Freitag nachmittag von 1/2 6—7 Uhr

im Katharinentift zu sprechen.

Dr. Brinkmann, Augenarzt.

Dampfwaschanstalt Hotel Klumpp in Wildbad,

G. m. b. H.

Ab heute nehmen wir wieder Wäsche jeder Art

an und empfehlen unsere Einrichtung der verehelichten Einwohnerschaft und den mit. Kurzgästen Wildbads.

Tabellose Ausführung ist gewährleistet bei äußerster Berechnung.

Annahmestelle im Hof unseres Gebäudes an der König-Karlstraße.

Warnung.

Ich werde ohne Rücksicht jedermann gerichtl. belangen, der die Unwahrheiten, betreff Holzverkauf weiter verbreitet Robert Vollmer sen.

Heu

zu kaufen gesucht. Papierfabrik Wildbad.

Gewehre, Pistolen usw.

kaufen und verkaufen Sie vorteilhaft durch eine Anzeige in „Der Deutsche Jäger“, Münchener, Briennerstraße 9, Hundertausende von Lesern in Stadt und Land in Südd.

W. B. W.

4600.

Gras-Verkauf.

Dienstag abend 7 Uhr wird das Heugras von zirka 36 ar bei der Villa Rosa verkauft.

Servierfräulein

sofort gesucht. Auskunft durch die Tagblatt-Geschäftsstelle.

Einen gebrauchten Kinder-sportwagen

sucht zu kaufen. Zu erfragen in der Tagblatt-Geschäftsstelle.

Landes-Kurtheater

Der kühne Schwimmer.